



Stadt Boizenburg/Elbe

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: **Montag, den 15.10.2012**

Sitzungsbeginn: **18:30 Uhr**

Sitzungsende: **21:16 Uhr**

Ort, Raum: **Rathaus, Rathaussaal (EG)**

Sitzungsnummer: **HA/008/2012**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Harald Jäschke

Stadtvertreter/in

Herr Heinz Gohsmann

Herr Lutz Heinrich

Frau Marlies Reimann

Herr Rainer Wilmer

Verwaltung

Herr Jörn Pamperin

Frau Dagmar Poltier

Frau Sandy Mandlik

Herr Benjamin Reppe

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden
- 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Genehmigung der Tagesordnung
- 5 1. Änderung der Abrundungssatzung Bahlen
hier: Verwaltungsstreitsache - Teilnahme Herr RA Prof. Schmidt
- 6 Genehmigung der Niederschrift vom 13. August 2012
- 7 Bericht der Verwaltung
- 8 Einwohnerfragestunde
- 9 Information der Bürgervorsteherin und Bericht aus dem Kreistag
- 10 Anfragen und Mitteilungen
- 11 Vollzug des Haushaltsplanes
- 12 Überplanmäßige Ausgabe Gastschulbeiträge an Dritte
hier: Eilentscheidung des Bürgermeisters
- 13 Bestätigung der Eilentscheidung des Bürgermeisters zur außerplanmäßigen Ausgabe
hier: Kosten für Straßenbeleuchtung im neuen Wohngebiet Schwartow
- 14 Annahme von Spendengeldern

Nicht öffentlicher Teil

- 15 Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- 16 Entscheidung des Hauptausschusses hier: Auftragserteilung zum Kauf eines Multicar (Bauhof)
- 17 Stadtbibliothek: Einbruchsicherung
- 18 Personalangelegenheiten
- 19 Bericht über den Stand der Stellenbewertungen
- 20 Terminabsprachen
- 21 Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Herr Jäschke eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses um 18.30 Uhr.

zu 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung am 13.08.2012 wurde der Vorlage 088/12/30 -Förderung der kleinteiligen Modernisierung Reichenstr. 1- einstimmig zugestimmt.

zu 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Hauptausschuss ist mit 5 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig. Die form- und fristgerechte Ladung wird festgestellt.

zu 4 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Jäschke bittet darum, die Vorlage 152/12/30 mit in die Tagesordnung aufzunehmen und schlägt vor, diese als TOP 22 hinter TOP 17 zu behandeln.

Nachfolgende Tagesordnung wird mit einer Abstimmung von **5 : 0 : 0** genehmigt:

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden
- 2** Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V
- 3** Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4** Genehmigung der Tagesordnung
- 5** 1. Änderung der Abrundungssatzung Bahlen
hier: Verwaltungstreitsache - Teilnahme Herr RA Prof. Schmidt
Vorlage: 120/12/30
- 6** Genehmigung der Niederschrift vom 13. August 2012
- 7** Bericht der Verwaltung
- 8** Einwohnerfragestunde
- 9** Information der Bürgervorsteherin und Bericht aus dem Kreistag
- 10** Anfragen und Mitteilungen
- 11** Vollzug des Haushaltsplanes
- 12** Überplanmäßige Ausgabe Gastschulbeiträge an Dritte
hier: Eilentscheidung des Bürgermeisters
Vorlage: 090/12/10
- 13** Bestätigung der Eilentscheidung des Bürgermeisters zur außerplanmäßiger
hier: Kosten für Straßenbeleuchtung im neuen Wohngebiet Schwartow
Vorlage: 096/12/30
- 14** Annahme von Spendengeldern
Vorlage: 146/12/10

Nicht öffentlicher Teil

- 15** Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- 16** Entscheidung des Hauptausschusses
hier: Auftragserteilung zum Kauf eines Multicar (Bauhof)
Vorlage: 115/12/30/2
- 17** Stadtbibliothek: Einbruchsicherung
Vorlage: 147/12/30
- 22** Eilentscheidung des Hauptausschusses zur Pflege des Gehölzbestandes der städtischen Wallanlagen
Vorlage: 152/12/30
- 18** Personalangelegenheiten
- 19** Bericht über den Stand der Stellenbewertungen
- 20** Terminabsprachen
- 21** Anfragen und Mitteilungen

zu 5

1. Änderung der Abrundungssatzung Bahlen

hier: Verwaltungsstreitsache - Teilnahme Herr RA Prof. Schmidt

Vorlage: 120/12/30

Zu diesem TOP ist Herr Rechtsanwalt Prof. Dr. Schmidt im Hauptausschuss zu Gast. Er berichtet zur Verwaltungsstreitsache im Zusammenhang mit der Abrundungssatzung Bahlen.

Eingeleitet wurde das Verfahren mit dem durch Herrn Schlages Anwalt gestellten Antrag zur Durchführung eines Normenkontrollverfahrens am 21.01.2010. Der letzte Schriftsatz ist auf den 11.11.2010 datiert. Seitdem hat sich in der Sache nichts mehr getan. Dies ist für Verfahren vor dem OVG jedoch nicht unüblich, berichtet Herr Prof. Dr. Schmidt. Aufgrund dessen ist bislang auch noch kein Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt worden.

Der Antrag von Herrn Schlage wurde zum Einen damit begründet, dass der Stadtvertretung zur Beschlussfassung nicht die richtigen Flurbezeichnungen vorgelegen hätten und vor allem damit, dass Herr Schlage seine Grundstücke im Bereich Bahlen gerne als Baugrundstücke ausgewiesen haben möchte.

Insbesondere das Interesse an der Ausweisung als Baugrundstücke wird mit der Normenkontrollklage jedoch nicht durchsetzbar sein, denn selbst wenn die Satzung für nichtig erklärt wird, werden die Grundstücke nicht zu Bauland. Voraussetzung für die Nichtigkeit der Satzung ist aber, dass diese überhaupt auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft wird.

Bereits in seiner ersten Verfügung hat das OVG auf die Antragsbefugnis hingewiesen. Es existiert eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, auf deren Grundlage Herr Prof. Dr. Schmidt die Auffassung vertritt, dass nicht nur die Klage unbegründet ist, sondern Herrn Schlage auch die Antragsbefugnis fehlt. Das würde bedeuten, dass die Klage unzulässig ist. Eine Prüfung der Rechtmäßigkeit der Satzung würde nicht mehr erfolgen.

Abschließend fasst Herr Prof. Dr. Schmidt seine Sichtweise noch einmal zusammen. Erstens wird Herr Schlage mit der Normenkontrollklage, zumindest nicht auf direktem Wege, erreichen dass seine Grundstücke zu Bauland werden und zweitens hat Herr Prof. Dr. Schmidt erhebliche Zweifel daran, dass es überhaupt zu einer Prüfung der Rechtmäßigkeit der Satzung kommt.

Danach unterbricht Herr Jäschke auf Wunsch von Herrn Prof. Dr. Schmidt die Sitzung für 2 Minuten.

Im Anschluss daran erklärt Herr Prof. Dr. Schmidt, dass wenn es doch zu einer Prüfung kommen sollte, es durchaus möglich ist, dass auf die Erschließung der Grundstücke näher eingegangen wird. Der Anwalt von Herrn Schlage hatte in seinem Schreiben ausgeführt, dass die Grundstücke erschlossen sind, hat dabei jedoch z.B. auch auf Nachbargrundstücke verwiesen. Teilweise sind die Grundstücke von Herrn Schlage nur über andere Flurstücke zu erreichen, sodass es möglich ist, dass dies bei der Prüfung der Begründetheit genauer thematisiert werden muss. Das wäre allerdings auch nur ein Punkt bei der Rechtmäßigkeitsprüfung. Es wären noch drei andere Punkte zu prüfen, u.a. die geordnete städtebauliche Entwicklung.

Herr Jäschke erklärt anschließend noch einmal, warum das Thema heute überhaupt auf der Tagesordnung steht. Während der Einwohnerfragestunde der Stadtvertretung im Juni hatte sich Herr Schlage massiv geäußert. Eine mögliche Erklärung für diese Äußerungen könnte man eventuell in der langen Ruhephase des Verfahrens und dem damit verbundenen ungewissen Ausgang finden.

Das Verfahren hat insgesamt einen vorläufigen Streitwert von 20.000 Euro. Nach Klageerhebung hatte die Verwaltung hierüber im ABSVD berichtet, jedoch wurde damals nicht die Zustimmung des Hauptausschusses eingeholt, der ab einem Streitwert von 20.000 Euro zuständig ist.

Herr Prof. Dr. Schmidt ergänzt hierzu, dass Herr Schlage den Streitwert anfangs auf 3.000 Euro beziffert hat, dieser wurde aber vom Gericht am 28.01.2010 auf 20.000 Euro festgesetzt.

Herr Gohsmann führt aus, dass dieses Thema bereits des Öfteren im ABSVD besprochen wurde und dieser hat ein eindeutiges Votum gegen eine Erweiterung der Abrundungssatzung abgegeben.

Herr Wilmer möchte wissen, ob der Stadt ein Schaden aus einer bereits vorgenommenen kleinen Änderung der Abrundungssatzung, bei der ein anderes Grundstück nachträglich in den Geltungsbereich aufgenommen wurde, entstehen könnte.

Herr Prof. Dr. Schmidt erklärt, dass ein Schadenersatzanspruch hier nicht besteht, da Herrn Schlage persönlich kein Schaden entstanden ist. Eine andere Sache ist die sogenannte negative Vorbildwirkung, auf die auch der Landkreis Ludwigslust in seiner Abwägung hingewiesen hat. Diese Gefahr sieht Herr Prof. Dr. Schmidt jedoch als gering an.

Weiterhin fragt Herr Wilmer ob es beim derzeitigen Stand des Verfahrens sinnvoll wäre, sich über einen Vergleichsvorschlag Gedanken zu machen.

Hier sieht Herr Prof. Dr. Schmidt nicht wie das gehen sollte. Da die Stadt mit öffentlichem Vermögen arbeitet, kann man Herrn Schlage nicht einfach einen Betrag anbieten. In einem solchen Fall würde sich der Bürgermeister der Untreue strafbar machen. Auch bei einem Vergleich in anderer Form, z.B. Aufstellung eines B-Plans mit den Grundstücken von Herrn Schlage, sieht Herr Prof. Dr. Schmidt erhebliche rechtliche Probleme.

Im Anschluss daran bedankt sich Herr Jäschke bei Herrn Prof. Dr. Schmidt für dessen Ausführungen.

zu 6 Genehmigung der Niederschrift vom 13. August 2012

Herr Wilmer merkt an, dass zu Beginn der Sitzung am 13.08.2012 nicht bekannt war, warum Herr Kickbusch nicht anwesend ist. Dementsprechend hat er unentschuldigt gefehlt.

Die vorliegende Niederschrift, inklusive der o.g. Änderung, wird mit einer Abstimmung von **5 : 0 : 0** genehmigt.

zu 7 Bericht der Verwaltung

In der letzten Woche haben die Fraktionsvorsitzenden den Sitzungsplan für das Jahr 2013 erhalten. Die Termine sind mit den Ausschussvorsitzenden abgestimmt.

Hierzu merkt Herr Gohsmann an, dass der ABSVD und der FA nicht an einem Tag stattfinden sollten.

Herr Jäschke stellt anheim, dass sich die Vorsitzenden bis zum Ende der Woche untereinander abstimmen sollten und der Verwaltung dann das Ergebnis mitteilen.

Herr Wilmer findet den Abstand zwischen den Hauptausschusssitzungen am 08.07. und 19.08. zu groß und schlägt vor, hier noch eine Sitzung einzuschieben.

Anschließend verteilt Herr Jäschke seinen Dienstreisebericht an die Hauptausschussmitglieder.

Am 11.10. fand eine Lenkungsgruppensitzung des Kuratoriums für das Biosphärenreservat statt. Die Verwaltung des Biosphärenreservats geht derzeit davon aus, dass der Gesetzesentwurf im Januar 2013 im Kabinett beraten wird. Erst danach beginnt das formelle Beteiligungsverfahren. Der AWTUOS hat empfohlen, sich bereits vor Beginn dieses formellen Verfahrens zum Gesetzesentwurf zu äußern. Dies hält Herr Jäschke jedoch für wenig sinnvoll und schlägt deshalb vor, bis zum Beginn des formellen Verfahrens zu warten und dann gemeinsam mit dem AWTUOS und dem ABSVD eine Stellungnahme zu erarbeiten. Diese wird dann der Stadtvertretung zum Beschluss vorgelegt.

Herrn Heinrich ist bekannt, dass bereits zwei Gemeinden aus dem Amt Boizenburg-Land schriftlich ihre Bedenken geäußert haben und das zu großer Unruhe geführt hat.

Aus seiner eigenen Erfahrung heraus berichtet Herr Wilmer, dass Änderungen oder Einflussnahmen sehr schwierig sind, sobald der Gesetzesentwurf auf dem Tisch liegt. Von daher rät er dringend dazu, dass die Verwaltung sich so schnell wie möglich den Referentenentwurf besorgt.

Am 13.11. wird dieser Referentenentwurf im Kuratorium vorgestellt, so dass Herr

Jäschke diesen dann auch mitbringen kann.

Die Planungen für den Umbau des Infozentrums auf dem Elbberg sollen im Jahr 2013 beginnen und der Leiter der Biosphärenreservatsverwaltung rechnet mit dem Baubeginn im März 2014.

Herr Jäschke wird morgen die Veröffentlichung der überarbeiteten Sperrzeitenverordnung veranlassen. Außer von der Fraktion BfB hat er hier keine weiteren Rückmeldungen erhalten.

Die Verwaltung wurde von der Kommunalaufsicht darauf hingewiesen, dass Teile der beschlossenen Geschäftsordnung der Stadtvertretung der Kommunalverfassung widersprechen. Insbesondere geht es dabei um das Teilnahmerecht von sachkundigen Einwohnern in nicht öffentlichen Teilen von Ausschusssitzungen, in denen sie kein Mitglied sind. Die Verwaltung wird dies auswerten und gegebenenfalls einen Beschluss für die Stadtvertretung im Dezember vorbereiten.

Herr Wilmer bittet darum, dass den Fraktionsvorsitzenden das Schreiben der Kommunalaufsicht hierzu zur Verfügung gestellt wird.

Demnächst wird die Verwaltung den Antrag zur touristischen Beschilderung an der A 24 stellen. Geworben werden soll hier mit dem Text „Fliesenstadt Boizenburg/Elbe“.

In Sachen Nacherhebung von Anschlussbeiträgen wurde versucht, in den Zeitungen redaktionelle Anzeigen zu schalten. Dies hat bei der SVZ jedoch nicht geklappt, so dass dieser Artikel jetzt im Elbe Express erscheinen wird. Auch im Portal steht ein Artikel hierzu.

In der Sitzung der Stadtvertretung am 25.10. wird der Städte- und Gemeindetag seine Ehrennadel an Frau Reimann verleihen. Diese Ehrennadel können Stadtvertreter erhalten wenn sie 20 Jahre ununterbrochen der Stadtvertretung angehört haben.

Ebenfalls wird in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung über einen Einspruch gegen die Wahlbekanntmachung beraten.

Voraussichtlich zum 01.12. wird in der Verwaltung das DMS eingeführt. Frau Mandlik erklärt, dass derzeit sowohl das Einführungskonzept, als auch die Dienstanweisung zum Umgang mit dem DMS erarbeitet werden.

zu 8 Einwohnerfragestunde

Herr Kühl hat einen Anschlussbeitragsbescheid erhalten und fragt wann dieser Anschluss erfolgen soll.

Frau Poltier antwortet, dass es sich hierbei um die Beiträge für die bereits bestehenden Anschlüsse handelt.

In diesem Zusammenhang sagt Herr Wilmer, dass die Verwaltung in Zukunft darauf achten sollte, solche Bescheide etwas „lockerer“ zu formulieren um den Bürgern den Inhalt somit verständlicher zu machen.

zu 9

Information der Bürgervorsteherin und Bericht aus dem Kreistag

Frau Dräger erklärt, dass sie vom 24.10. bis 07.11. im Urlaub ist und in der Zeit ihre beiden Stellvertreterinnen die Ansprechpartner sind.

Weiterhin macht sie auf das Schreiben zum Thema 8. Mai aufmerksam, dass die Mitglieder der Stadtvertretung von Herrn Schröder erhalten haben. Dieser hatte zunächst darum gebeten, zu diesem Thema eine Rede in einer Sitzung der Stadtvertretung halten zu dürfen. Da Frau Dräger diesem Wunsch nicht nachkommen konnte, hat sie ihm den schriftlichen Weg vorgeschlagen.

In Sachen Sitzungsplan 2013 bittet Frau Dräger darum, dass in den Ausschüssen auch darüber nachgedacht wird, ob es eventuell möglich ist die Sitzungen auf einen Mittwoch zu verschieben, um Überschneidungen zu vermeiden.

Herr Heinrich war bei der letzten Sitzung des Kreistages nicht anwesend. Beschlossen wurde aber unter anderem die Richtlinie des Landkreises zur Übernahme von Bestattungskosten und die Kindertagesstättenbedarfsplanung 2012 – 2015 wurde beraten.

Aus dem Finanzausschuss des Kreistages kann Herr Wilmer auch nur kurz berichten, da er an den letzten beiden Sitzungen nicht teilnehmen konnte. Aus dem Innenministerium gibt es zum Haushalt 2012 einen Bescheid, in dem unter anderem festgelegt wurde, dass jede externe Einstellung von der Kommunalabteilung genehmigt werden muss. Weiterhin soll der Landkreis bis zum Jahresende ein Konzept zum Abbau des ausgewiesenen Defizits beim Innenministerium vorlegen. Der Landrat wurde aufgefordert, eine Haushaltssperre zu verhängen, was dieser mittlerweile auch getan hat.

zu 10

Anfragen und Mitteilungen

Herr Wilmer hat am Wochenende ein Schreiben von Herrn Rademacher, dem Vorsitzenden der Schulkonferenz, erhalten. In diesem Zusammenhang fragt Herr Wilmer, ob es möglich ist, im Dezember etwas zu den Problemen an der Schule zu beschließen. Ein Zwischenbescheid mit einer zeitlichen Vorgabe könnte aus seiner Sicht etwas zur Beruhigung der Situation beitragen. Weiterhin merkt Herr Wilmer an, dass bei einer Schulkonferenz zumindest ein Vertreter der Verwaltung anwesend sein sollte. Es macht aus seiner Sicht kein gutes Bild wenn bei einer Schulkonferenz der Schulträger nicht vertreten ist.

Im SKS und in der Runde der Fraktionsvorsitzenden wurde über die Zukunft der Feste in Boizenburg gesprochen und es wurden auch verschiedenen Vorschläge gemacht. Herr Gohsman meint, dass diese Vorschläge nun koordiniert werden müssen.

Herr Jäschke erklärt, dass die Verwaltung morgen zu dem Thema beraten wird. Dann werden die Vorschläge genauer beleuchtet und wieder an die Stadtvertretung herangetragen.

Herr Wilmer hat von einem Mitglied des SKS erfahren, dass im Ausschuss von der Verwaltung die Aussage gemacht wurde, dass die Fraktionsvorsitzenden etwas beschlossen hätten. Das stimmt nicht, denn die Fraktionsvorsitzenden können nichts beschließen.

Herr Jäschke sagt, dass dies eigentlich nicht sein kann, da die Sitzungen fast zeitgleich stattgefunden haben und von Verwaltungsmitarbeitern, die bei der Runde der Fraktionsvorsitzenden anwesend waren, war niemand im SKS.

In letzter Zeit gibt es immer mehr Widerstand gegen das Verbrennen von Gartenabfällen, berichtet Herr Gohsmann. Er regt an, dass die Zeiten für das Abbrennen geändert werden sollten.

Frau Poltier erklärt, dass das Ordnungsamt an den ersten beiden Tagen bereits unterwegs war und auf die Einhaltung der Verordnung hingewiesen hat. In einigen Fällen musste das Feuer dann auch im Beisein der Mitarbeiterin gelöscht werden.

Da das Verbrennen aufgrund einer Landesverordnung gestattet ist, kann die Stadt diese nicht verändern, sagt Herr Wilmer. Er regt aber an, ein Schreiben an das zuständige Ministerium zu schicken und auf eine Änderung der Verordnung hinzuwirken. Er könnte sich zum Beispiel vorstellen, dass die Verordnung in allen Gemeinden, in denen Grünschnitt gesammelt und abgefahren wird, nicht gilt.

Weiterhin stellt Herr Gohsmann fest, dass die Bäume in der Stiftstraße seit zwei oder drei Jahren nicht mehr geschnitten wurden und möchte wissen warum das so ist.

Frau Poltier erklärt, dass die Bäume durch die Baumaßnahmen in Mitleidenschaft gezogen wurden und durch das Beschneiden nicht noch weiter beeinträchtigt werden sollten. Ab nächstem Jahr wird wieder eine regelmäßige Pflege stattfinden.

Herr Wilmer bittet darum, dass beim zukünftigen Druck der Beschlusskontrolle eine größere Schriftart verwendet wird und fragt gleichzeitig, ob vor der nächsten Stadtvertretung noch eine neue Übersicht verteilt wird.

Dies wird von Herrn Jäschke bejaht.

Herr Heinrich bezieht sich auf eine Anfrage von Herrn Knaak aus dem letzten Jahr. Dabei ging es um das übermäßige Anbringen von Wahlwerbung. Herr Heinrich möchte wissen ob sich in dieser Sache schon etwas getan hat.

Herr Jäschke antwortet, dass es rechtzeitig zur nächsten Bundestagswahl eine Plakatierungssatzung geben wird.

Frau Reimann möchte von Frau Poltier wissen, ob sie schon Kosten für das Wiederherrichten der Ziegenwiese nennen kann.

Frau Poltier kann hierzu noch keine genauen Angaben machen. Es steht auch noch nicht fest, in welcher Form eine Wiederherstellung erfolgen soll.

zu 11 Vollzug des Haushaltsplanes

Herr Wilmer fragt, ob die Beträge aus der Nacherhebung von Anschlussbeiträgen schon ins Soll gestellt wurden. Außerdem fragt er nach dem Stand bei der Einforderung von Mitteln eines Zahlungspflichtigen in der Galliner Straße.

Herr Jäschke erklärt, dass die Sollstellung noch nicht erfolgt ist. Im Fall Galliner Straße wurde mittlerweile die Vollstreckung über die Samtgemeinde Scharnebeck eingeleitet.

Weiterhin möchte Herr Wilmer wissen, wann mit einem ersten Entwurf für den Haushalt 2013 gerechnet werden kann.

Derzeit ist die Verwaltung damit beschäftigt, die Ansätze für den neuen Haushalt zusammen zu tragen. Es ist jedoch unrealistisch, dass eine Beschlussfassung in der Sitzung der Stadtvertretung im Dezember erfolgen wird, erklärt Herr Pamperin. Momentan wird vorrangig noch der kamerale Jahresabschluss für das Jahr 2011 erstellt, da hier Fristen eingehalten werden müssen.

Herr Wilmer erinnert daran, dass die Kommunalaufsicht wiederholt darauf aufmerksam gemacht hat, dass der Haushalt für das Jahr 2013 auch am 01.01.2013 in Kraft treten sollte. In diesem Zusammenhang sagt Herr Wilmer auch, dass die Verwaltung, wenn aufgrund der Vielzahl der zu bewältigenden Aufgaben ein Problem mit der Personalkapazität besteht, an die Stadtvertretung herantreten sollte, um hier Abhilfe zu schaffen.

**zu 12 Überplanmäßige Ausgabe Gastschulbeiträge an Dritte
hier: Eilentscheidung des Bürgermeisters
Vorlage: 090/12/10**

In der letzten Sitzung wurde diese Vorlage vertagt, um eine von Herrn Gohsman aufgeworfene Frage bezüglich der Zahlung für die Grundschule in Gresse zu klären.

Die Gastschulbeiträge für die Grundschule Gresse werden gezahlt, weil Eltern die Möglichkeit haben, in Ausnahmefällen eine andere als die im Schuleinzugsbereich liegende Schule für ihr Kind zu wählen, erklärt Herr Jäschke.

Beschluss:

Der Hauptausschuss genehmigt die Eilentscheidung des Bürgermeisters vom 13.07.2012 zur überplanmäßigen Ausgabe für die Begleichung der Rechnungen der Gastschulbeiträge an Dritte in Höhe von 7.135,00 Euro.

Die Deckung erfolgt aus den Mehreinnahmen der Gastschulbeiträge von Gemeinden an die Stadt Boizenburg.

Abstimmungsergebnis: 4 : 0 : 1

**zu 13 Bestätigung der Eilentscheidung des Bürgermeisters zur außerplanmäßigen Ausgabe
hier: Kosten für Straßenbeleuchtung im neuen Wohngebiet Schwartow
Vorlage: 096/12/30**

Herr Jäschke erläutert den Hauptausschussmitgliedern die Vorlage kurz.

Herr Wilmer kann in diesem Fall die äußerste Dringlichkeit nicht erkennen, die für eine Eilentscheidung vorliegen muss.

Die Dringlichkeit bestand darin, dass die Bestellung getätigt werden musste, auch weil die langen Lieferzeiten zu berücksichtigen sind, erklärt Frau Poltier.

Beschluss:

Der Hauptausschuss bestätigt auf seiner Sitzung am 15.10.2012 die Eilentscheidung des Bürgermeisters zur außerplanmäßigen Ausgabe für die Mehrkosten der Straßenbeleuchtung im neuen Wohngebiet B-Plan 30 in Schwartow.

Abstimmungsergebnis: 5 : 0 : 0

zu 14 **Annahme von Spendengeldern**
Vorlage: 146/12/10

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Boizenburg/Elbe stimmt der Annahme der in der Sachdarstellung aufgeführten Spende mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 801,54 Euro zu.

Abstimmungsergebnis: 5 : 0 : 0

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.07.22

Benjamin Reppe
Protokollführer